



Der rote Drache ändert seinen Kurs

China. Die Konjunktur im Reich der Mitte kühlt weiter ab. Überraschend kommt dies nicht, denn die rückläufigen Wachstumsraten sind eine Folge der zwingend notwendigen Neuorientierung des chinesischen Modells.

Der Weltwirtschaftsmotor China läuft langsamer. Zum ersten Mal seit 1999 lag das Wirtschaftswachstum im Jahr 2012 unter der 8-Prozent-Marke. Und eine Wiederbelebung der lange Zeit üblichen zweistelligen Wachstumsraten ist nicht in Sicht. Für 2013 erwartet die seit März

amtierende Regierung unter Li Ke-qiang nur noch eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um real 7,5 Prozent – Tendenz fallend.

Ein Plus von weniger als 7 Prozent ist jedoch für das Riesenreich China problematisch, wird dadurch doch das Ziel gefährdet, die Wirtschafts-

leistung bis 2020 zu verdoppeln und so jene zig Millionen Chinesen am steigenden Wohlstand teilhaben zu lassen, die noch immer unterhalb der Armutsgrenze leben.

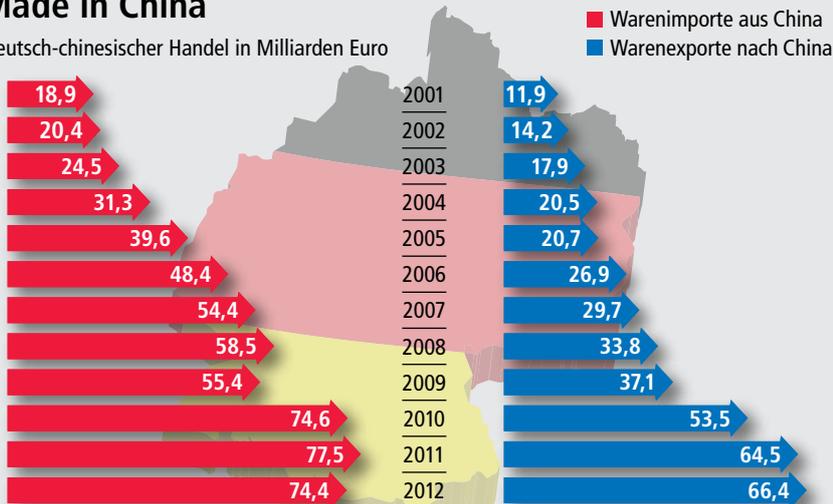
Die Wachstumsschwäche Chinas kommt nicht überraschend, denn auch am Reich der Mitte geht die globale Wirtschaftskrise nicht spurlos vorbei. Hinzu kommt eine geplante Neuorientierung des chinesischen Wachstumsmodells. Das Wirtschaftswachstum, so steht es im zwölften Fünfjahresplan, soll „inklusiv und umweltfreundlich“ sowie durch den „heimischen Konsum“ vorangetrieben werden. Gemeint ist Folgendes:

Inklusiv. Die wachsende Nachfrage nach chinesischen Produkten auf dem Weltmarkt hat in der Vergangenheit allein die florierende Ostküste des Landes begünstigt. Das westliche Hinterland dagegen lebt weiterhin mehr schlecht als recht von der Landwirtschaft.

Laut Weltbank muss immer noch jeder vierte Chinese mit nicht einmal 2 Dollar täglich auskommen. →

Made in China

Deutsch-chinesischer Handel in Milliarden Euro



Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Meelen · iwd 34

Inhalt

Niedrigzinsen. Die Bundesbürger legen ihr Geld wegen der geringen Erträge oft nur noch kurzfristig an. Das bringt Banken und Versicherungen in die Bredouille.
Seite 3

Wahlprogramme Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Viele Vorschläge der großen Parteien in Sachen Arbeitsrecht zeugen von einer wahren Regulierungswut.
Seite 4-5

Wahlprogramme Tarifpolitik. Während die Oppositionsparteien die tarifpolitische Rolle des Staates deutlich stärken wollen, sind Union und Liberale zurückhaltender.
Seite 6-7

Oldtimer. Immer mehr Deutsche entdecken ihre Liebe zu alten Automobilen – zum Teil auch unter dem Aspekt der Wertanlage.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Die große Einkommensungleichheit soll unter anderem durch eine Erhöhung des Mindestlohns, eine Verbesserung des Steuersystems und den Ausbau der sozialen Sicherung reduziert werden, verspricht der neue Regierungschef.

Umweltfreundlich. Mittlerweile ist China zum weltweit größten Emittent von Treibhausgasen geworden. Die Internationale Energieagentur schätzt, dass das Land im Jahr 2012 mehr als 8 Milliarden Tonnen Kohlendioxid allein durch seinen Energieverbrauch produzierte – das war knapp ein Viertel des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Die Regierung in Peking will aus diesem Grund den Schadstoffausstoß in der Schwerindustrie bis zum Jahr 2017 um mindestens ein Drittel reduzieren.

Konsumbasiert. Jahrzehntlang haben die Investitionen den größten Beitrag zum rasanten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts geleistet (Grafik). Die Folgen sind Überkapazitäten und eine hohe Ausbeutung

von Umweltressourcen. In Zukunft soll die Wirtschaftsleistung daher durch den Binnenkonsum vorangetrieben werden. Der Fortschritt hin zu konsumgetriebenem Wachstum macht sich bereits bemerkbar – schon 2011 leisteten der private und öffentliche Verbrauch einen größeren Wachstumsbeitrag als die Investitionen.

Im Jahr 2012 war der Konsum laut der chinesischen Regierung die treibende Kraft des BIP-Zuwachses.

Auch der Außenhandel Chinas hat sich in den vergangenen Monaten abgeschwächt. So waren die gesamtwirtschaftlichen Exporte im Juni zum ersten Mal seit Januar 2012 rückläufig. Neben der geringen Nachfrage aus der Europäischen Union und den USA ist auch die Aufwertung der chinesischen Währung für den Exportrückgang mitverantwortlich.

Der Warenhandel mit Deutschland ist ebenfalls leicht geschrumpft (Grafik Seite 1):

Laut Deutscher Bundesbank sind die Warenimporte aus China im Jahr 2012 um knapp 4 Prozent zurückgegangen, während die deutschen Warenexporte um nahezu 3 Prozent gestiegen sind.

Dieser Trend machte sich vor allem im ersten Halbjahr bemerkbar: Zum ersten Mal seit 24 Jahren hat Deutschland im Zeitraum von Januar bis Juni 2012 mehr Waren nach China exportiert als von dort importiert und einen Leistungsbilanzüberschuss erzielt.

Trotz schwacher Wachstumswahlen wird aus Peking keine weitere Lockerung der Geldpolitik erwartet, denn die Inflation war zuletzt wieder höher. Mit 2,7 Prozent lag die Teuerung im Juli zwar deutlich unter dem Regierungsziel von 3,5 Prozent. Doch die Preise für Nahrungsmittel sind sogar um 5 Prozent gestiegen – und das trifft vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten.

Allerdings ist eine Reihe von Strukturreformen vorgesehen, die auf eine Öffnung des Kapitalmarktes abzielen. Der jahrelange Kreditboom soll gestoppt und die Finanzaufsicht verstärkt werden. Außerdem will die Regierung ihre Wechselkurspolitik ändern. Das Ziel ist es, die üblichen Interventionen der Notenbank zur Stützung des Renminbi zurückzufahren und stattdessen eine mehr marktkonforme Entwicklung zuzulassen.

Die Neuorientierung des Wachstumsmodells im Reich der Mitte wird von vielen Investoren und Analysten weltweit mit großer Aufmerksamkeit betrachtet. Auf lange Sicht ist der Kurswechsel zwar richtig und sogar zwingend notwendig. Allerdings könnte er kurzfristig mit erheblichen Wachstumseinbußen verbunden sein.

Das chinesische Wirtschaftswunder

Wachstumsbeiträge zum chinesischen Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten

	Konsumausgaben	Investitionen	Außenbeitrag	BIP-Wachstum in Prozent
2001	4,2	4,1	0,0	8,3
2002	4,0	4,4	0,7	9,1
2003	3,6	6,3	0,1	10,0
2004	4,0	5,5	0,6	10,1
2005	4,4	4,3	2,6	11,3
2006	5,1	5,5	2,1	12,8
2007	5,6	6,0	2,6	14,3
2008	4,2	4,5	0,9	9,6
2009	4,6	8,1	-3,5	9,1
2010	4,5	5,5	0,4	10,4
2011	5,2	4,5	-0,4	9,3

Durchschnitt 2001 bis 2011



Quellen: National Bureau of Statistics of China, Statistisches Bundesamt

Hoffen auf ein Signal aus Frankfurt

Niedrigzinsen. Weil es kaum noch Zinsen für Spareinlagen gibt, machen sich viele Bundesbürger gar nicht mehr die Mühe, ihr Geld längerfristig anzulegen – sie lassen es einfach auf dem Girokonto. Das bringt Kreditinstitute und Versicherungen in die Bredouille.

Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) mag zwar für die Krisenländer ein Segen sein, weil die Konjunktur so in Gang kommt und die Staaten für ihre Schulden weniger Zinsen zahlen müssen. Für Deutschland ist ein Leitzins von 0,5 Prozent auf Dauer aber zu niedrig, denn er setzt solide Geschäftsmodelle unter Druck:

- **Die Lebensversicherer** haben in der Hochzinsphase der späten 1990er Jahre ihren Kunden Garantiezinsen von 4 Prozent versprochen, die sie nun mit einer durchschnittlichen Rendite auf Staatsanleihen von 1,3 Prozent erwirtschaften müssen (vgl. iwd 23/2013).

Außerdem ist es für die Branche schwieriger geworden, neue Kunden zu gewinnen. Denn die erwarten gerade von einer Lebensversicherung höhere Renditen als von Sparkonten. Der Anreiz, fürs Alter vorzusorgen, geht so verloren – und damit das Geschäftsmodell der Lebensversicherer.

Solange die Versicherer noch höherverzinsliche Staatspapiere im Portfolio haben, geht die Rechnung in einer Mischkalkulation einigermaßen auf. Wenn die Niedrigzinsphase aber über Jahre anhält, werden die „guten“ Staatsanleihen allmählich vollständig von den „schlechten“ verdrängt.

- **Die Banken** müssen bei niedrigen Leitzinsen einerseits ihre Kreditzinsen senken, können aber andererseits die Zinsen auf Kundeneinlagen nicht im gleichen Umfang reduzieren – sonst gehen die Kunden zur Konkurrenz. Also verringert sich die Gewinnmarge der Kreditinstitute.

Außerdem bevorzugen Kunden neuerdings verstärkt Sichteinlagen, die sie täglich komplett abziehen können (Grafik). Das gefährdet die Stabilität von Banken. Selbst wenn es nur ein Gerücht ist, dass einer Bank die Pleite droht – wenn alle Kunden zum Geldautomaten rennen, um ihre Girokonten abzuräumen, dann ist die Bank tatsächlich schnell am Ende.

Niedrige Zinsen bergen aber noch eine Reihe weiterer Gefahren:

- **Blasenbildung.** Wenn Anleger Aktien statt Staatsanleihen kaufen, besteht die Gefahr einer Kursrallye – und eines anschließenden Absturzes.
- **Große Risikobereitschaft.** Um eine angemessene Rendite zu erhalten, gehen Anleger auf Risiko. Sie kaufen mit geliehenem Geld Rohstoffe, die wenig später nur noch zu einem niedrigeren Preis gehandelt werden.
- **Falsche Investitionen.** Wenn die Zinsen zu niedrig sind, werden auch Projekte realisiert, die nicht ganz so tragfähig sind. Das kann schnell zur Insolvenz führen.

Nur wenn Investoren und Anleger nicht damit rechnen können, dass die EZB ihre Niedrigzinspolitik längerfristig verfolgt, werden solche Effekte ausbleiben – die Anleger sind dann vorsichtiger. Doch dazu braucht es ein entsprechendes Signal der europäischen Notenbank.

Das Geld bleibt auf dem Girokonto

So hatten die Deutschen im Oktober 2012 ihr Geld angelegt

36 Prozent in Versicherungen und Pensionen: Ansprüche gegenüber Versicherungen und Ansprüche gegenüber Pensionsrückstellungen

22 Prozent in Sichteinlagen: Bankguthaben ohne Laufzeit oder mit einer Kündigungsfrist von unter einem Monat wie Tagesgeld und Guthaben auf Girokonten

22 Prozent in Wertpapieren: Aktien, festverzinsliche Wertpapiere, Investmentzertifikate sowie sonstige Anteilsrechte

14 Prozent in Spareinlagen: unbefristete Geldanlagen, die jedoch nicht für den Zahlungsverkehr gedacht sind

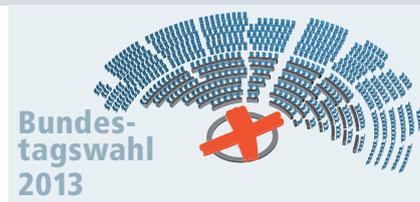
6 Prozent in Termineinlagen: Geldanlagen mit einer Kündigungsfrist von mindestens einem Monat

1. Quartal 2007 = 100



Ursprungsdaten:
Deutsche Bundesbank

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



Und noch'n Gesetz

Wahlprogramme Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Für die nächste Legislaturperiode haben sich die großen Parteien auf den Gebieten Bildung und Arbeitsmarkt einiges vorgenommen. Doch während etwa die Pläne zur frühkindlichen Förderung zumindest in Teilen sinnvoll sind, zeugen viele Vorschläge in Sachen Arbeitsrecht von einer wahren Regulierungswut.

Dass die Arbeitsmarktchancen junger Menschen gerade von einer guten Förderung im Kindesalter abhängen, wissen alle Parteien. Doch wie eine optimale Bildung und Betreuung aussieht, ist umstritten.

Pro und kontra Betreuungsgeld

Dies beginnt schon bei den ganz Kleinen. Für deren Eltern gibt es seit

dem 1. August 2013 das Betreuungsgeld – welches SPD, Grüne und Linke aber wieder abschaffen möchten (Tableau). Die Union hält daran fest; die FDP will die Leistung wissenschaftlich evaluieren lassen. Nach den bisher vorliegenden Studien gilt es als wahrscheinlich, dass aufgrund des Betreuungsgelds vor allem weniger gut ausgebildete El-

tern ihre Kinder seltener in eine Kita schicken werden.

Einigen können sich alle Parteien darauf, dass die frühkindliche Förderung ausgebaut werden soll. Sozialdemokraten, Linke und Grüne haben sogar einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Visier. Wenn es nach FDP, Grünen und Linkspartei geht, werden die Kleinen künftig verstärkt von akademisch ausgebildetem Personal betreut.

Mehr Bildungsbürokratie droht

Die Union betont den Vorbildcharakter der dualen Berufsausbil-

Bildungspolitik: Mehr und bessere Betreuung gefordert

					
Frühkindliche Förderung und Schulen	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuungsgeld • Bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung • Vielfalt der Bildungswege, Bestandsgarantie für Gymnasium • Deutschlandweite gemeinsame Prüfungsstandards 	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftliche Evaluation des Betreuungsgelds • Verbesserung der Betreuungsqualität (weniger Kinder je Betreuer) • Pädagogischer Fachhochschulabschluss für Kita-Leiter • Gleichstellung von Betriebs- und privaten Kindergärten mit öffentlichen Einrichtungen • Selbstverwaltete und eigenverantwortliche Schule 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des Betreuungsgelds • Bedarfsgerechter Ausbau von Kindertagesstätten, höhere Qualität der Bildungsinhalte • Gebührenfreiheit • Anspruch auf Ganztagsbetreuung • Längeres gemeinsames Lernen 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des Betreuungsgelds • Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung • Hochschulabschluss mindestens einer Betreuungsperson pro Gruppe in Kitas/Kindergärten • Bundesweite Mindestqualitätsstandards (weniger Kinder je Betreuer) • Längeres gemeinsames Lernen 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des Betreuungsgelds • Ganztagsbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten • Ausbildung der Erzieher/-innen auf Hochschulniveau • Kostenfreies Mittagessen in Kitas • Abschaffung des gegliederten Schulsystems
Berufliche Bildung und Hochschulen	<ul style="list-style-type: none"> • Exportmodell duale Ausbildung • Anpassung des Bafög an die Lebenshaltungskosten sowie an veränderte Bildungswege 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Bildungssparens zur Stärkung lebenslangen Lernens • Ausbau Deutschlandstipendium • Abkopplung des Bafög vom elterlichen Einkommen 	<ul style="list-style-type: none"> • Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“ • Branchenbezogene Ausbildungsfonds • Berufsausbildungsgarantie • Abschaffung Deutschlandstipendium • Bedarfsgerechter Ausbau des Bafög 	<ul style="list-style-type: none"> • Programm „Dual Plus“ (zusätzliche Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Einrichtungen) • Abkopplung des Bafög vom elterlichen Einkommen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbildungsumlage • Branchenfonds Weiterbildung • Abkopplung des Bafög vom elterlichen Einkommen • Abschaffung des Bologna-Systems • Keine Zulassungsbeschränkungen zum Studium • Keine Studiengebühren

derung für andere Länder; die Parteien aus dem linken Spektrum halten dagegen Verbesserungen für notwendig und fordern branchenbezogene Aus- oder Weiterbildungsfonds, die von Gewerkschaften und Arbeitgebern getragen werden und zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen sollen. Diese Fonds dürften angesichts der künftig sinkenden Zahl an Ausbildungsbewerbern nur wenig nutzen – aber viel bürokratischen Aufwand bedeuten.

Noch stärker wollen die Parteien – mit Ausnahme der FDP – in den Arbeitsmarkt eingreifen, und das, obwohl der sich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt hat. So befürworten Union, Sozialdemokraten und Grüne ein gesetzliches

Recht der Beschäftigten, von einer Teilzeit- auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren (Tableau). Unbeachtet bleibt dabei, dass die Unternehmen den entsprechenden Wünschen ihrer Beschäftigten bereits heute meist nachkommen (vgl. iwd 31/2013).

Linke Parteien wollen „entfristen“

SPD, Grüne und Linke plädieren zudem für deutliche Einschränkungen von befristeten Jobs – was allerdings gerade jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben erschweren könnte. Mehr Regulierung kündigen die linken Parteien auch auf dem Gebiet der Zeitarbeit an.

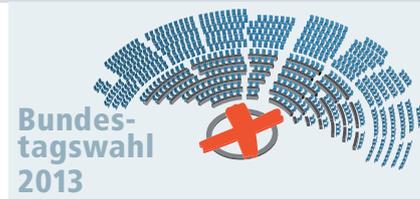
Ein weiteres zentrales Thema in den Wahlprogrammen ist die Ver-

besserung der Beschäftigungschancen von Frauen. Zu diesem Zweck wollen SPD sowie Bündnis 90/ Die Grünen ein Entgeltgleichheitsgesetz einführen und verbindliche Geschlechterquoten in den Entscheidungsgremien der Unternehmen durchsetzen. Die Union will die Firmen verpflichten, sich selbst eine Quote zu geben. Die Linke fordert sogar eine 50-prozentige Geschlechterquote in allen Gehaltsgruppen des öffentlichen Dienstes. Diese Vorschläge gehen jedoch an den eigentlichen Ursachen der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen – wie unterschiedlichen Qualifikationen oder dem bei Frauen höheren Anteil an Teilzeitkräften – völlig vorbei (vgl. iwd 11/2013).

Arbeitsmarktpolitik: Viele neue Vorschriften

					
Arbeitsrecht	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Großelternzeit • Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit • Unterstützung der Tarifparteien bei Umsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in der Zeitarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt flexibler Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit und befristete Beschäftigung • Erleichterte Befristungsmöglichkeit durch Lockerung des Vorbeschäftigungsverbots 	<ul style="list-style-type: none"> • Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit • Abschaffung sachgrundloser Befristung • Zeitarbeit: Verbot der Kopplung an einen bestimmten Arbeitseinsatz, gesetzlicher Gleichbehandlungsgrundsatz 	<ul style="list-style-type: none"> • Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit • Abschaffung sachgrundloser Befristung • Gleichbehandlungsgrundsatz für Zeitarbeit • Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung bei Einsatz von Zeitarbeit und Werkverträgen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau des Kündigungsschutzes durch Verbot von Massenentlassungen in profitablen Unternehmen • Beschränkung befristeter Beschäftigung • Verbot der Zeitarbeit • Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung u. a. bei Werkverträgen, Stellen- und Einsatzplanung
Chancengleichheit von Männern und Frauen	<ul style="list-style-type: none"> • Prüfung von Transparenzpflichten bei Entgelten • Verpflichtung zur Flexi-Quote bei der Besetzung von Vorstands- und Aufsichtsratspositionen 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Entgeltgleichheitsgesetz • Verbindliche 40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Entgeltgleichheitsgesetz • Verbindliche Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände • Gleichstellungsgesetz für Privatwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbandsklagerecht • Gleichstellungsgesetz für Privatwirtschaft • Verbindliche 50-Prozent-Geschlechterquote für alle Gehaltsgruppen im öffentlichen Dienst
Beschäftigung	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung von Konzepten zur Gesundheitsförderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Orientierung der Hinzuverdienstmöglichkeiten beim ALG II an der Idee des Bürgergelds 	<ul style="list-style-type: none"> • Anti-Stress-Verordnung • Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor 	<ul style="list-style-type: none"> • Anti-Stress-Verordnung • Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor 	<ul style="list-style-type: none"> • Anti-Stress-Verordnung • Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor

• Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung bei Zeitarbeit, Werkverträgen und befristeter Beschäftigung
 • Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte in der Unternehmensmitbestimmung, Absenkung des Schwellenwerts für paritätische Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte



Opposition will mehr Staat

Wahlprogramme Tarifpolitik. In Deutschland werden die Tarifverträge von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften ausgehandelt. Der Staat setzt lediglich den rechtlichen Ordnungsrahmen. Während die Oppositionsparteien hier erheblichen Anpassungsbedarf sehen, zeigen sich Union und Liberale zurückhaltender.

Das deutsche Tarifsystem hat seit Jahren mit zwei destabilisierenden Entwicklungen zu kämpfen. Zum einen sinkt die Reichweite von Tarifverträgen – immer weniger Unternehmen und Beschäftigte sind an einen Tarifvertrag gebunden. Zum anderen konkurrieren in einigen Branchen mehrere Spartengewerkschaften miteinander, was zu einer Fragmentierung der Tarifverhandlungen geführt hat: Wo früher nach einer Tarifrunde und einem eventuellen Arbeitskampf erst einmal wieder Ruhe einkehrte, reiht sich nun eine Verhandlung an die andere, und die Zahl der Arbeitskämpfe nimmt entsprechend zu.

Seit langem wird deshalb darüber gestritten, ob nicht der Gesetzgeber aktiv werden muss und dafür zu sorgen hat, dass sich mehr Unternehmen an Tarifverträge halten. Außerdem wird diskutiert, ob man den Spartengewerkschaften nicht dadurch Grenzen setzt, dass eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit – ein Betrieb, ein Tarifvertrag – festgelegt wird.

Volksparteien wollen Tarifeinheit

Die meisten Wirtschaftsverbände fordern schon länger, die Tarifeinheit gesetzlich zu verankern. Im Jahr 2010 machte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gemeinsam mit dem Deutschen Ge-

werkschaftsbund einen entsprechenden Vorschlag, der aber von der schwarz-gelben Koalition nicht aufgegriffen wurde. Nun bekennen sich immerhin die beiden Volksparteien Union und SPD in ihren Wahlprogrammen explizit zur Tarifeinheit. Vor allem die Unionsparteien wagen sich aus der Deckung, sie wollen eine gesetzliche Regelung (Tableau).

Während Bündnis 90/Die Grünen und die Linke das Thema schlicht-

weg ignorieren, sieht die FDP keinen Handlungsbedarf. Sie betont in ihrem Wahlprogramm, dass die Zahl der streikbedingt ausgefallenen Arbeitstage nicht zugenommen habe. Übersehen wird dabei allerdings, dass es gar nicht darauf ankommt, wie viele Arbeitstage ausgefallen sind, sondern welcher wirtschaftliche Schaden verursacht wird, wenn streikende Kleinstgruppen zum Beispiel einen ganzen Flughafen lahmlegen.

Ja zu tariflichen Mindestlöhnen

Nachdem die FDP Lohnuntergrenzen lange Zeit aus ordnungspolitischen Gründen abgelehnt hat, freundet sie sich neuerdings mit dem Thema an. Einen gesetzlichen Mindestlohn will sie zwar weiterhin nicht. Alternativ schlagen die Liberalen vor, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen auszuweiten. Auf diese Weise – so das Kalkül – könnten flächendeckend tarifliche Mindestlöhne eingeführt werden. Ein allgemeiner Mindestlohn wäre dann überflüssig – das Tarifvertragssystem würde gestärkt.

In dieselbe Richtung zielt der Vorschlag der liberalen Partei, das Mindestarbeitsbedingungengesetz zu modifizieren. Bislang muss ein Ausschuss, in dem Arbeitgeber, Gewerkschaften und das Bundesarbeitsministerium vertreten sind, eine „soziale Verwerfung“ feststellen, um einen Mindestlohn festzusetzen. Weil aber niemand so recht weiß, was das konkret heißen soll, wurde auch noch nie ein Mindestlohn mithilfe dieses Gesetzes beschlossen. Die Liberalen möchten

Wer einer Gewerkschaft angehört

in Prozent der jeweiligen Gruppe

	Ostdeutschland	Westdeutschland	Insgesamt
Alle Arbeitnehmer	20,4	17,0	19,3
Männer	25,8	16,3	22,8
Frauen	14,3	17,7	15,5
Vollzeit	22,3	16,6	20,3
Teilzeit	12,6	19,0	14,3
Beamte	39,9	38,7	39,6
Angestellte	15,6	16,2	15,8
Arbeiter	25,4	14,5	21,1
18 bis 29 Jahre	12,5	12,9	12,6
30 bis 39 Jahre	15,8	9,1	13,6
40 bis 49 Jahre	22,0	18,7	21,0
50 Jahre und älter	25,0	22,4	24,1

Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 2012
 Ursprungsdaten: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

deshalb auf diesen Rechtsbegriff verzichten. Dann könnten die Tarifpartner auch auf diesem Weg Mindestlöhne einführen.

Die Union lehnt einen gesetzlichen Mindestlohn ab, weil eine solche politische Vorgabe in die Tarifautonomie eingreifen würde. Stattdessen sollen die Tarifparteien selbst Lohnuntergrenzen festlegen. Da sie dazu bislang nicht überall in der Lage waren, will die Union die Tarifparteien künftig gesetzlich in die Pflicht nehmen. Dazu sollen eigene tarifliche Kommissionen gebildet werden.

Einfacher wäre es indes, das Mindestarbeitsbedingengesetz – wie von der FDP vorgeschlagen – zu reformieren.

Opposition für gesetzliche Regelung

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei treten für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Rot-Grün plädiert einheitlich für 8,50 Euro je Stunde und folgt damit der Forderung, die der Deutsche Gewerkschaftsbund auf seinem letzten Bundeskongress im Mai 2010 aufgestellt hat. Den Linken geht selbst das

nicht weit genug – sie wollen gleich mit 10 Euro anfangen.

Zusätzlich wollen die Sozialdemokraten eine zentrale Bedingung für die Allgemeinverbindlicherklärung eines Tarifvertrags kippen, nämlich die 50-Prozent-Regelung. Demnach darf ein Tarifvertrag nur dann für alle Betriebe einer Branche verpflichtend gemacht werden, wenn in seinem Regelungsbereich mindestens 50 Prozent der Arbeitnehmer tarifgebunden sind. Diese Schwelle hat zum Beispiel im Einzelhandel dazu geführt, dass kein tariflicher Mindestlohn eingeführt werden konnte.

Tarifpolitik: Volksparteien fordern Tarifeinheit

					
Tarifautonomie und Tarifeinheit	<ul style="list-style-type: none"> • Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie bleiben wesentliche Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft • Der Grundsatz der Tarifeinheit – ein Betrieb, ein Tarifvertrag – hat sich über Jahrzehnte bewährt; mit einem Gesetz über die Tarifeinheit soll die Tarifpartnerschaft gestärkt werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Bekenntnis zur Tarifautonomie • Es bedarf keiner gesetzlichen Neuregelung der Tarifeinheit • Zeitliche Befristung der Nachwirkung von Tarifverträgen 	<ul style="list-style-type: none"> • Bekenntnis zu starken Gewerkschaften und zur Tarifautonomie • Bekenntnis zum Prinzip der Tarifeinheit • Tariftreue soll zu einem verbindlichen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden 		<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des Flächen-tarifvertrags unter anderem durch Verbesserung des Streikrechts der Gewerkschaften und mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge
Mindestlöhne	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Lohnfestsetzung durch die Politik • Für Bereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt, sollen die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht genommen werden; sie sollen gemeinsam in einer Kommission einen tariflichen Mindestlohn festsetzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung eines allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohns • Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen • Reform des Gesetzes für die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen; tarifliche Mindestlöhne können auch dann beschlossen werden, wenn zuvor keine soziale Verwerfung in einer Branche festgestellt wurde • Bei Aufstockern soll strenger geprüft werden, ob sittenwidrige Löhne gezahlt werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Euro in Ost- und Westdeutschland • Stärkung des Tarifsystems durch Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen • Reform der Allgemeinverbindlicherklärung; die Bedingung, dass 50 Prozent der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben arbeiten, soll durch die Prüfung ersetzt werden, ob eine solche Regelung im öffentlichen Interesse ist 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro • Ausweitung von Allgemeinverbindlicherklärung und Arbeitnehmer-Entsendegesetz 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro • Ausweitung der Allgemeinverbindlicherklärung; Tarifverträge sollen schon auf Antrag einer Tarifpartei als allgemeinverbindlich gelten

Der Wert der Nostalgie

Automobilmarkt. Immer mehr Deutsche entdecken ihre Liebe zu Oldtimern. Die einen aus Leidenschaft, die anderen, weil sie die historischen Autos als Wertanlage schätzen. Diese Rechnung geht aber nicht immer auf.

Fahrendes Chrom und blinkender Stahl sind wertbeständiger als Edelmetalle, Aktien oder Immobilien – aber nur, wenn man gut einkauft. Von Inflation sind historische Autos nicht betroffen und da originale Oldtimer nicht mehr gebaut werden, ist die Nachfrage größer als das Angebot. So ist der Wert bestimmter Modelle beachtlich gestiegen – bei der „Ente“ Citroen 2 CV oder dem „Samba-Bus“ von VW zum Beispiel in den zurückliegenden 15 Jahren um bis zu 300 Prozent.

Nach Zahlen des Verbands der Automobilindustrie (VDA) sind immer mehr Klassiker unterwegs:



Im Jahr 2012 waren in Deutschland 390.000 Autos mit einem Mindestalter von 30 Jahren zugelassen – doppelt so viele wie zehn Jahre zuvor.

Am häufigsten rollt der Volkswagen Käfer über den Asphalt, gefolgt von den Mercedes-Benz-Modellen W 123 und SL R 107 (Tabelle).

Laut dem Institut für Demoskopie Allensbach sind fast 4,5 Millionen Deutsche ausgesprochene Oldtimer-Fans. Experten schätzen, dass drei von zehn Käufern sich bewusst für einen Oldtimer als Geldanlage entscheiden. Allerdings bedarf es dafür viel Sachverstand und Pflege, denn ein Oldtimer muss auch gefahren werden. Sonst drohen Standschäden.

Die rollende Geldanlage sollte möglichst im Originalzustand und wenig gelaufen sein sowie lediglich einen oder zwei Vorbesitzer gehabt haben. Die Oldies bieten aber auch noch andere geldwerte Vorteile:

Für Autos, die älter als 30 Jahre sind und ein H-Kennzeichen haben, zahlt der Halter pauschal knapp 192 Euro Kfz-Steuer – unabhängig von Schadstoffklasse und Motorhubraum. Zudem gibt es preiswerte Tarife in der Kfz-Versicherung.



Die beliebtesten Oldtimer

Mehr als 60 Prozent aller zugelassenen Oldtimer in Deutschland haben ein H-Kennzeichen. Um dieses Sonderkennzeichen zu bekommen, müssen die historischen Fahrzeuge mindestens 30 Jahre alt, im Originalzustand und technisch einwandfrei sein. Für Fahrzeuge mit H-Kennzeichen gilt bei Steuer und Versicherung eine Sonderregelung.

Rang	Marke	Typ	H-Kennzeichen 2012
1	Volkswagen	Käfer	27.002
2	Mercedes-Benz	W 123	8.869
3	Mercedes-Benz	SL R 107	8.048
4	Mercedes-Benz	/8 („Strich-Acht“)	7.145
5	Porsche	911/912	6.489
6	Mercedes-Benz	„Heckflosse“	4.987
7	Volkswagen	Bus und Transporter	4.418
8	Mercedes-Benz	„Pagode“	4.155
9	Opel	Kadett	3.313
10	Mercedes-Benz	W 116	3.195
11	Mercedes-Benz	W 108/109	3.064
12	Opel	Rekord/Olympia	2.758
13	BMW	Baureihe 02	2.748
14	Alfa Romeo	Spider	2.368
15	Volkswagen	Karmann Ghia	2.332

Quelle: Verband der Automobilindustrie

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 iw Medien | iw 34

Zuletzt schienen klassische Autos als Wertanlage jedoch etwas weniger begehrt zu sein. Das signalisiert jedenfalls der Deutsche Oldtimer Index, der halbjährlich vom VDA in Zusammenarbeit mit Classic-Car-Tax aus Bochum herausgegeben wird: Die Wertentwicklung historischer Autos hat sich demnach 2012 in Deutschland deutlich verlangsamt – ihr Preis stieg um 4,2 Prozent, nach 9,3 Prozent im Jahr zuvor.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistentz: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iw wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.